



Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | Postfach 38 80 | 55028 Mainz

Peter-Altmeier-Allee 1
Eingang Deutschhausplatz
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4771
Mail: Poststelle@stk.rlp.de
www.stk.rlp.de

18.06.2025

Per E-Mail an:

Mein Aktenzeichen

Ihr Schreiben vom

03.06.2025

Ansprechpartner/-in / E-Mail

Telefon / Fax

Ihr Antrag nach dem Landestransparenzgesetz Rheinland-Pfalz (LTranspG) vom 03.06.2025 – Auskunft zum Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz im Bundesrat

Sehr geehrte

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 03.06.2025, mit der Sie um Auskunft nach dem Landestransparenzgesetz Rheinland-Pfalz (LTranspG) zum Abstimmungsverhalten des Landes Rheinland-Pfalz in verschiedenen Bundesratssitzungen gebeten haben.

Die von Ihnen erfragten Auskünfte finden Sie unmittelbar im Anschluss an dieses Schreiben.

Sie haben die Möglichkeit, den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, Postfach 30 40, 55020 Mainz, (Telefon: +49 (0) 6131-8920-0, Telefax: +49 (0) 6131 8920-299, E-Mail: poststelle(at)datenschutz.rlp.de) anzurufen, wenn eine Verletzung des Rechts auf Informationszugang nach dem Landestransparenzgesetz geltend gemacht wird.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist bei der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz einzulegen. Der Widerspruch kann schriftlich oder zur Niederschrift bei der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz oder durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur an poststelle@stk.rlp.de erhoben werden.

Stand 10.06.2025



Rheinland-Pfalz
STAATSKANZLEI

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag



Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.

920. Sitzung: 2 & 13

TOP 2

[60/14 Gesetz zur Festsetzung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2014 \(Beitragssatzgesetz 2014\)](#)

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

TOP 13

[25/14 Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung \(RV-Leistungsverbesserungsgesetz\)](#)

Keine Zustimmung zu der Stellungnahme gem. Empfehlungsdruksache 25/1/14 und zum Plenarantrag in Drs. 25/2/14.

923. Sitzung: 1

TOP 1

[209/14 Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung \(RV-Leistungsverbesserungsgesetz\)](#)

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

924. Sitzung: 4, 44 & 49

TOP 4

[263/14 Gesetz zur Anpassung steuerlicher Regelungen an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts](#)

Zustimmung zum Gesetz.

TOP 44

[288/14 Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie \(Tarifautonomiestärkungsgesetz\)](#)

Zustimmung zum Gesetz.

TOP 49

[293/14 Gesetz zur grundlegenden Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und zur Änderung weiterer Bestimmungen des Energiewirtschaftsrechts](#)

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

Keine Zustimmung zu Ziffer 2 der Empfehlungsdrs. 293/1/14 und zu den Plenaranträgen in Drs. 293/2/14 und 293/3/14.

930. Sitzung: 10 & 11

TOP 10

[635/14 Entwurf eines Gesetzes zur Tarifeinheit \(Tarifeinheitgesetz\)](#)

Zustimmung zu „Keine Einwendungen“.

TOP 11

[636/14 Entwurf eines Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst](#)

Zustimmung zur Stellungnahme gemäß Ziffern 1 – 6 der Empfehlungsdruksache 636/1/14.
Keine Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 636/2/14 sowie (hilfsweise) zu keine Einwendungen gem. Ziffer 7.

932. Sitzung: 2 & 4

TOP 2

[77/15 Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst](#)

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

TOP 4

[79/15 Gesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung \(Mietrechtsnovellierungsgesetz - MietNovG\)](#)

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

Kein Zustimmung zu Ziffer 2 der Empfehlungsdruksache 79/1/15.

933. Sitzung: 7a

TOP 7a

[154/15 Gesetz zur Einführung einer Infrastrukturabgabe für die Benutzung von Bundesfernstraßen](#)

Zustimmung zur Anrufung des Vermittlungsausschusses gem. Empfehlungsdruksache 154/1/15.

Hilfsweise Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 154/2/15.

934. Sitzung: 2

TOP 2

[222/15 Gesetz zur Tarifeinheit \(Tarifeinheitgesetz\)](#)

Ein Antrag auf Anrufung des Vermittlungsausschusses lag nicht vor.

935. Sitzung: 1

TOP 1

[281/15 Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags](#)

Zustimmung zum Gesetz gemäß Ziffer 1 der Empfehlungsdruksache 282/1/15.

Zustimmung zu Ziffer 2.

Keine Zustimmung zum Plenarantrag in Drs. 281/2/15 (neu).

937. Sitzung: 33

TOP 33

[466/15 Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz](#)

Zustimmung zum Gesetz.